

# Zulage für Politiker ist keine Pflichtleistung

Der Rat der Stadt kann die Vergütung für Ausschussvorsitzende doch streichen.

Von Sebastian Smulka

**Unna.** Die umstrittene Zulage für die Vorsitzenden politischer Fachausschüsse ist offenbar doch keine Pflichtleistung der Stadt. Wie ein Rundschreiben des Landes klarstellt, kann eine Kommune durchaus mehrere oder sogar alle Ausschüsse von der Regelung ausnehmen. Sie müsse es lediglich „nachvollziehbar begründen“, heißt es in einem Schreiben des Kommunalministeriums.

Die Diskussion über den „Politikerbonus“ in Unna könnte damit neu aufgenommen werden. 400 Euro pro Monat zahlt die Stadt ihren Ausschussvorsitzenden, sofern diese nicht den freiwilligen Verzicht erklären. Für das vergangene Jahr hatte die Stadt 47.000 Euro an zusätzlichen Haushaltsmitteln bereitgestellt. 26.000 Euro waren ausbezahlt worden, 21.000 Euro blieben nach Verzichtserklärungen in der Kasse.

Das Konzept des freiwilligen Verzichtes war eine Notlösung. In einer politischen Debatte hatte sich eine Mehrheit des Rates zunächst für den vollständigen Verzicht auf die Zahlung ausgesprochen. Dann aber beendete Bürgermeister Werner Kolter die Diskussion mit einer Erklärung, dass die pau-

schale Ablehnung der vom Land beschlossenen Regelung gar nicht zulässig sei.

Inzwischen jedoch hat es in Düsseldorf einen Regierungswechsel gegeben, und unter Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) gibt es eine andere Lesart des „rot-grünen“ Gesetzes: Ein Erlass dazu sei „in vielen Kommunen so verstanden worden, dass eine Ausnahme sämtlicher Ausschüsse in keinem Fall zulässig sei. Für eine solche Auslegung enthält der Wortlaut (...) keine zureichenden Anhaltspunkte“, schreibt das Ministerium. Unzulässig sei lediglich eine grundsätzliche Ablehnung der Aufwandsentschädigung ohne Prüfung der Einzelfälle.

Politisch brisant ist diese Klarstellung des Landes auch deshalb, weil in Unna FLU-Fraktionschef Klaus Göldner darauf eine Kritik an der Informationspolitik der Stadtverwaltung aufbaut. Göldner hatte im Dezember eine Anfrage zum Thema gestellt, aber Hinweise zu der wohl doch veränderten Rechtsauffassung vermisst. Das Schreiben des Ministeriums trägt das Datum vom 13. November 2017. Dass es auch im Rathaus vorliege, wird von Bürgermeisterreferent Oliver Böer bestätigt.

## Kommentar

### Chance für eine Geste

Von Sebastian Smulka

**D**ass die Vorsitzenden politischer Ausschüsse zusätzlich zu ihren normalen Vergütungen Monat für Monat nochmals 400 Euro kassieren, schien in der Diskussion vor gut einem Jahr keineswegs dem Willen des Rates zu entsprechen. Dass die Stadt diese Zulage dennoch auszahlt, ist der Lesart geschuldet, dass Unna den Verzicht gar nicht beschließen könne. Nun allerdings stellt das Ministerium klar: Die Stadt kann es doch. Und damit sollte sie es auch. War die Zulage schon seinerzeit nur ungewollt angenommen, so ist es nun zum einen eine prinzipielle Sa-

che, den politischen Willen des Rates umzusetzen, wenn das Scharrenbach-Ministerium dies für zulässig erklärt. Zum anderen würde Unnas Rat damit eine Geste zeigen, die in die Zeit passt. Seit Freitag vergangener Woche befasst sich eine Arbeitsgruppe der Fraktionen damit, wie das verbleibende Haushaltsloch bis 2020 geschlossen werden soll. Am Ende wird es eine Steuererhöhung für die Bürger, Einschnitte im Angebot der Stadt oder sogar beides geben. 47.000 Euro Einsparung bei den eigenen Bezügen der Politik sind nicht die Rettung für Unnas Finanzen, aber ein wichtiges Zeichen.